

Das Magazin SEMANA veröffentlicht eine Zusammenfassung der am 24.8.2016 zwischen FARC und kolumbianischer Regierung geschlossenen Schlussvereinbarung über den Frieden nach fast vierjährigen Verhandlungen (25.8.2016):

Praktische Anleitung zu den Vereinbarungen von Havanna

1. Integrierte Landreform

Der ländliche Raum war historisch eine der Hauptursachen für die gewaltsamen Auseinandersetzungen im Land. Zudem stellt dies einen Hauptgrund für die Existenz der FARC dar, die 1964 mit dem sog. „Agrarprogramm der Guerrilleros“ ihre Gründung bekanntgab. Daher war der erste Verhandlungspunkt einer grundlegenden Veränderung der Verhältnisse im ländlichen Raum gewidmet.

Das Ziel war klar: Die Herstellung einer gerechteren Landverteilung, die Schließung der Kluft zwischen Stadt und Land, die Förderung einer adäquaten Landnutzung, die Formalisierung unklarer Titel an Landbesitz und die Garantie des Erwerbs von Landeigentum für die Kleinbauern.

Unter dieser Zielsetzung einigte man sich auf die Schaffung eines Ländereienfonds, gebildet aus Grundstücken, deren Nutzung den Nutzern entzogen werden soll, aus Grundstücken, die aus sozialen Gründen oder zur öffentlichen Nutzung enteignet werden sollen und aus forstlichen Flächen, die zur landwirtschaftlichen Nutzung geeignet sind. Auch ist vorgesehen, dass Landerwerb durch Subventionen und spezielle Kredite ermöglicht werden soll.

2. Politische Mitwirkung

Eine der historisch zu nennenden Zielsetzungen des Friedensabkommens wird es sein, für immer die Verbindungen zwischen Politik und Waffengewalt zu brechen. Dies ist ein essentieller Punkt, zielt er doch darauf ab, der FARC eine politische Betätigung ohne Waffen zu ermöglichen.

Um Stigmatisierung und Verfolgung unmöglich zu machen, ist die Erarbeitung eines Statuts geplant, das Parteien und politischen Bewegungen Garantien für die politische Betätigung in der Opposition geben wird. Ebenfalls ist geplant, sozialen Bewegungen Garantien per Gesetz zuzubilligen.

Zudem vereinbarte man die Schaffung eines „Integrierten Sicherheitssystems“, zugeordnet dem Präsidialamt, das mit Befugnissen und finanziellen Mitteln zur Ermittlung, Verurteilung und Bestrafung derjenigen ausgestattet werden soll, die Anschläge auf die Ausübung politischer Betätigung ohne Waffen verüben.

Man unterstreicht die Notwendigkeit, dass in besonders vom Konflikt betroffenen Regionen die freie politische Betätigung ermöglicht werden soll. Dafür sollen „Spezielle Friedenszonen“ geschaffen werden, für deren Repräsentanten 16 Sitze in der Kammer garantiert werden sollen. Was die politische Betätigung der FARC angeht, so wurde festgelegt, dass diese sich 2018 an der Wahl zu beiden Kammern des Kongresses beteiligen kann und ihr jeweils fünf Sitze in Senat und Kammer als Minimum zugestanden werden. Bis dahin wird die FARC je drei Sprecher in beide Kammer entsenden, die Rederecht zu Themen im Zusammenhang mit den Vereinbarungen, jedoch kein Stimmrecht haben werden.

3. Das Ende des Konflikts

Dieses Abkommen bedeutet das Ende von mehr als 50 Jahren Gewalt. Mit der beiderseitigen und endgültigen Feuereinstellung verpflichtet sich die älteste Guerilla des Kontinents, ihre Waffen für immer schweigen zu lassen und dass der UNO die Kontrolle darüber übertragen wird.

Zu diesem Punkt wurde eine „Roadmap“ vereinbart, um den Übergang von mehr als 6000 Mitgliedern der Guerrilla ins Zivilleben zu ermöglichen.

Die FARC verpflichtet sich, ihre Waffen der UNO zu übergeben, die daraus drei Denkmäler errichten wird. Die Entwaffnung wird innerhalb von 180 Tagen nach der offiziellen Unterzeichnung des Abkommens folgendermaßen vor sich gehen: Nach 90 Tagen sollen 30% der Waffen, nach 120 Tagen weitere 30% und nach 180 die restlichen 40% eingezogen werden.

Man legte die Bildung von 23 sog. „Zeitweiligen ländlichen Zonen der Normalisierung“ in den Departements Cesar, Norte de Santander, Antioquia, Tolima, Cauca, Nariño, Putumayo, Caquetá, Arauca, Meta, Vichada und Guainía fest, sowie acht Lager in weiteren Departements, die 180 Tage lang bestehen sollen. Diese Räume garantieren die beiderseitige Feuereinstellung und die Niederlegung der Waffen. Auf diese Weise soll die Vorbereitung der Guerrilleros auf ihren Eintritt ins Zivilleben beginnen.

Auch wurden Sicherheitsgarantien für die Demobilisierten vereinbart sowie die Bekämpfung krimineller Banden, die als existierende Bedrohung für die Umsetzung des Friedensabkommens bezeichnet werden. Schließlich einigte man sich auf die Durchführung eines Plebiszits zur Bestätigung der Vereinbarungen durch die Bevölkerung. Am 18. Juli gab das Verfassungsgericht dazu seine Zustimmung und Präsident Santos gab bekannt, dass die Abstimmung am 2. Oktober 2016 stattfinden wird.

4. Illegale Drogen

Der Kampf gegen die Drogen in Kolumbien währt mehr als 30 Jahre und basiert auf einer polizeilich-strafrechtlichen Strategie, und trotzdem ist dieser Wirtschaftszweig weit davon entfernt zu verschwinden. Die Friedensvereinbarung setzt auf ein neues Modell, die vom Drogengeschäft am härtesten betroffene Territorien in die Hände der örtlichen Gemeinschaften zu legen.

Das Teilabkommen hierzu beginnt mit der Verpflichtung der FARC, jedwede Verbindung zu beenden, die sie „in Funktion der Rebellion“ zu diesem Geschäft unterhielt. Die FARC verpflichtet sich zudem, Informationen zu liefern, die dabei helfen können, die Vertriebswege des Drogenhandels zu identifizieren.

Ein Hauptziel ist es, eine effektive justizielle Behandlung der Produktionsnetzwerke zu garantieren und zwischen Produzenten und Konsumenten zu unterscheiden. Der Drogenkonsum wird als Gesundheitsproblem betrachtet und Programme zur Prävention sind beabsichtigt.

Ein weiterer fundamentaler Punkt ist die Beseitigung illegaler Pflanzungen mithilfe partizipativer Planung in den dörflichen Gemeinschaften, der Substitution und der ökonomischen Diversifizierung. Der freiwilligen Beseitigung illegaler Kulturen wird dabei Vorrang zugemessen.

5. Die Opfer

Man kann sich einen wirklichen und dauerhaften Frieden nicht vorstellen ohne die Wiederherstellung der Rechte der mehr als 8 Millionen Opfer des bewaffneten Konflikts. Daher soll eine Übergangsjustiz in diesem Prozess Wahrheit, Entschädigung und den Ausschluss der Wiederholung garantieren.

Die „Spezielle Justiz für den Frieden“ wird beauftragt mit der Untersuchung und der Bestrafung derjenigen, die während des Konflikts schwere Verbrechen verübt haben: Mitglieder der Guerrilla ebenso wie Staatsbedienstete und Helfer illegaler Gruppen. Das

Tribunal für den Frieden, das Teil dieser Justiz sein wird, soll aus 20 kolumbianischen und vier ausländischen Richtern gebildet werden. Weitere 18 kolumbianische und 6 ausländische Richter werden drei Kammern bilden.

Guerrilleros, die ihre Beteiligung an schwersten Verbrechen anerkennen und mit der Justiz kooperieren, sollen von dem Tribunal zu Strafen zwischen 5 und 8 Jahren effektiver Freiheitseinschränkung verurteilt werden. Sie werden zudem verpflichtet zu Arbeiten zugunsten der Opfer. Jene, die ihre Schuld nicht eingestehen und sich der Wahrheit verweigern, sollen zu bis zu 20 Jahren Haft verurteilt werden.

In den Genuss von Amnestie, Begnadigung oder ähnlichen Verfahrensweisen sollen jene kommen, die keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben. Man kam auch überein, eine Ermittlungsgruppe zu schaffen, die gegen Personen ermitteln soll, die verdächtigt werden, Verbrechen im Zusammenhang oder infolge des Konflikts begangen zu haben.

6. Umsetzung, Verifizierung und Bestätigung

Man vereinbarte, dass am Tag nach der Unterzeichnung des Schlussabkommens eine Kommission der Nachverfolgung, der Verifizierung und der Beilegung von Differenzen für die Umsetzungsphase zu bilden ist, aus je drei Vertretern der FARC und der Regierung. Zusätzlich werden mehrere Staaten und internationale Organisationen gebeten, den Prozess der Umsetzung jedes einzelnen Punkts der Vereinbarung zu begleiten.